



DATEV LEXinform

Keine Steuerfreiheit für Gefahrenzulagen

Bundesfinanzhof, VI-R-6/09, Urteil vom 15.09.2011

Es ist von Verfassungs wegen nicht geboten, die Steuerbefreiung für Zuschläge, die für tatsächlich geleistete Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit gezahlt werden, auf Gefahrenzulagen und Zulagen im Kampfmittelräumdienst auszudehnen.

Viele Neuheiten beim Lohnsteuer-Ermäßigungsantrag 2012

Deubner Verlag, Kurzbeitrag vom 25.10.2011

2012 startet das neue elektronische Lohnsteuerabzugsverfahren mit geänderten Spielregeln. Arbeitnehmer können sich keinen Freibetrag mehr auf der Lohnsteuerkarte eintragen lassen.



Rechnungsabgrenzung bei Darlehen mit fallenden Zinssätzen

Bundesfinanzhof, I-R-77/10, Urteil vom 27.07.2011

1. Ob der Darlehensnehmer bei Vereinbarung jährlich fallender Zinssätze zu Beginn der Vertragslaufzeit einen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilden muss, hängt grundsätzlich davon ab, ob der Darlehensnehmer im Falle einer vorzeitigen Vertragsbeendigung die anteilige Erstattung der bereits gezahlten Zinsen verlangen könnte.

Sollte ein solcher Erstattungsanspruch nicht bestehen, ist gleichwohl ein Rechnungsabgrenzungsposten zu aktivieren, wenn das Darlehensverhältnis nur aus wichtigem Grund gekündigt werden kann und wenn konkrete Anhaltspunkte dafür fehlen, dass die Vertragsparteien der Möglichkeit einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses durch eine solche Kündigung mehr als rein theoretische Bedeutung beigemessen haben. Der Möglichkeit einer einvernehmlichen Vertragsaufhebung oder -änderung kommt in diesem Zusammenhang keine Bedeutung zu.

Schätzung von Einkünften aus Gewerbebetrieb durch Verkaufsaktivitäten über die Internetplattform Ebay

Niedersächsisches Finanzgericht, 10-K-200/09, Urteil vom 03.08.2011

1. Die Gewinnermittlung auf Basis eines Betriebsvermögensvergleichs ist bei Einkünften aus Gewerbebetrieb die vorrangige Gewinnermittlungsart.
2. In Schätzungsfällen muss deshalb eine Schätzung auf dieser Basis erfolgen, es sei denn, es besteht keine Buchführungspflicht und der Stpfl. hat die Gewinnermittlung durch EÜR gewählt und diese war nach außen kenntlich gemacht.
3. Jemand, der gar keinen Gewinn ermitteln will, hat keine Wahl zwischen den Gewinnermittlungsarten getroffen.
4. Zur Höhe des Wareneinsatzes bei Schätzungen auf Basis des Bestandsvergleichs.

Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen nach § 8 Nr. 1 Buchstabe e GewStG auch bei An- und Weitervermietung von Immobilien

Niedersächsisches Finanzgericht, 10-K-78/10, Urteil vom 07.07.2011

1. Die Hinzurechnung von Miet- oder Pachtzinsen ist nicht auf die Fälle beschränkt, in denen der Mieter oder Pächter die überlassenen Immobilien als Endmieter unmittelbar selbst nutzt oder nutzen könnte. Erfasst werden auch Sachverhalte, in denen das Grundstück oder Gebäude angemietet und ganz oder teilweise durch Weitervermietung oder -verpachtung genutzt wird.

Auch wenn die Neukonzeption der Hinzurechnung im Rahmen der GewSt zu einer Doppelbelastung beim Verpächter und beim Pächter führt, wird hierdurch die Grenze des verfassungsrechtlich Zulässigen nicht überschritten.

Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen nach § 8 Nr. 1e GewStG bei häufigen und wechselnden Anmietungen

Niedersächsisches Finanzgericht, 10-K-290/10, Urteil vom 26.05.2011

1. Für die Hinzurechnung im Rahmen der GewSt ist darauf abzustellen, ob WG Anlagevermögen des Mieters oder Pächters wären, wenn er ihr Eigentümer wäre.
2. Ausschlaggebend für die Zuordnung ist der Umstand, dass der Stpfl. die WG ständig für den Gebrauch in seinem Betrieb vorhalten muss.
3. Die kurzfristige Anmietung von WG rechtfertigt den Verzicht auf die Hinzurechnung nicht, da die Dauer der Anmietung allein kein maßgebliches Kriterium darstellt.

1%-Regelung beim Bundesfinanzhof

Bund der Steuerzahler, Pressemitteilung vom 24.10.2011

Die Besteuerung von Firmenwagen steht auf dem Prüfstand. Der Bund der Steuerzahler (BdSt) lässt die Besteuerung von Firmenwagen nach der sogenannten 1%-Regelung vom Bundesfinanzhof (BFH) überprüfen. Ein entsprechendes Verfahren ist beim BFH unter dem Aktenzeichen VI R 51/11 anhängig. Betroffenen Steuerzahlern empfiehlt der BdSt, Steuerbescheide mit einem Einspruch anzufechten und das Ruhen des Verfahrens zu beantragen.

Kosten für Erststudium auch in Zukunft keine Werbungskosten

Deutscher Bundestag, Pressemitteilung vom 26.10.2011

Aufwendungen für eine erstmalige Berufsausbildung oder ein Erststudium können auch in Zukunft nicht als steuerliche Werbungskosten oder Betriebsausgaben berücksichtigt werden. Nach Urteilen des Bundesfinanzhofes (BFH), der das bisherige Abzugsverbot für nicht klar genug definiert gehalten hatte, beschlossen die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP in einer Sitzung des Finanzausschusses am 26.10.2011 eine "Klarstellung der vom Gesetzgeber gewollten Rechtslage". Zugleich wird es aber ab 2012 eine Erhöhung des Sonderausgabenabzugs für Ausbildungskosten von derzeit 4.000 auf 6.000 Euro geben. Die Klarstellung wurde in den Gesetzentwurf zur Umsetzung der Beitreibungsrichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (17/6263) eingefügt.

Bestattungskosten haben vorrangig die Angehörigen zu zahlen - Dies ist auch bei geringem familiären Kontakt zumutbar

Landessozialgericht Hessen, L-9-SO-226/10, Pressemitteilung vom 20.10.2011

Bestattungskosten werden nur dann vom Sozialhilfeträger übernommen, wenn die Kostentragung den bestattungspflichtigen Verwandten aus wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen nicht zugemutet werden kann. Je weiter das Verwandtschaftsverhältnis ist, um so eher kann dies der Fall sein. Fehlende Nähe zwischen Geschwistern allein führt allerdings nicht zur Unzumutbarkeit. Dies entschied in einem am 20.10.2011 veröffentlichten Urteil der 9. Senat des Hessischen Landessozialgerichts.

Krankengeld auch nach Ende des Arbeitsverhältnisses

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, L-16-KR-73/10, Pressemitteilung vom 24.10.2011

Arbeitnehmer, die am letzten Tag ihres Arbeitsverhältnisses von einem Arzt krankgeschrieben werden, erhalten ab dem Folgetag Krankengeld, auch wenn mit dem Arbeitsverhältnis die Versicherung mit Anspruch auf Krankengeld endet. Das hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in einem am 24.10.2011 veröffentlichten Urteil entschieden.

Vorsteuerabzug im Zusammenhang mit der Installation einer Photovoltaikanlage

Bundesfinanzhof, XI-R-21/10, Pressemitteilung vom 09.11.2011

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat sich in drei Urteilen grundsätzlich zu den Voraussetzungen und zum Umfang eines Vorsteuerabzugs im Zusammenhang mit der Installation einer Photovoltaikanlage (PV-Anlage) zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie geäußert. Danach ist ein (privater) Betreiber einer PV-Anlage, der den mit seiner Anlage erzeugten Strom kontinuierlich an einen Energieversorger veräußert, insoweit umsatzsteuerrechtlich Unternehmer. Er ist damit grundsätzlich zum Abzug der ihm in Rechnung gestellten Umsatzsteuer aus Aufwendungen berechtigt, die mit seinen Umsätzen aus den Stromlieferungen in direktem und unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Bilanzierung einer erworbenen Pensionsrückstellung

Finanzgericht Münster, 9-K-1292/07, Urteil vom 15.06.2011

1. Bei einem entgeltlichen Betriebserwerb ist eine übernommene Pensionsverpflichtung mit dem - anteiligen - Kaufpreis zu bewerten. Dieser Wert ist auch für die folgenden Bilanzstichtage maßgeblich, solange bis der sich nach § 6a EStG ergebende Wert erreicht ist.
2. Der im Sinne des § 10d Abs. 1 Satz 1 EStG "unmittelbar vorausgegangene Veranlagungszeitraum" kann auch dann nicht mehrere Kalenderjahre zurückliegen, wenn zwischendurch ein Organschaftsverhältnis mit dem Verlustbetrieb als Organgesellschaft bestanden hat.

Heimunterbringungskosten als außergewöhnliche Belastung nach vorheriger Übertragung von Vermögenswerten

Finanzgericht Düsseldorf, 11-K-2506/09, Pressemitteilung vom 03.11.2011

Heimunterbringungskosten für einen nahen Verwandten können auch dann als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, wenn der Verwandte zuvor dem Steuerpflichtigen im Wege der vorweggenommenen Erbfolge ein Grundstück übertragen hat. Das hat das FG Düsseldorf entschieden.

ELENA-Verfahren aufgehoben

Bundesrat, Pressemitteilung vom 04.11.2011

Die Länder billigen das Gesetz, mit dem der Bundestag das sogenannte ELENA-Verfahren (Elektronischer Entgeltnachweis) aufhebt. Im Rahmen einer begleitenden Entschließung fordern sie die Bundesregierung jedoch auf, zu prüfen, welche der bereits erhobenen Daten im Zusammenhang mit ELENA zu löschen sind. Die notwendigen Gesetzentwürfe sollen unverzüglich vorgelegt werden.

Zum ELStAM-Desaster - Elektronischer Lohnsteuerabzug startet nicht zum 1. Januar 2012

Bund der Steuerzahler, Pressemitteilung vom 01.11.2011

Das elektronische Lohnsteuerabzugsverfahren wird nicht zum 1. Januar 2012 an den Start gehen. Der BdSt fordert die Finanzverwaltung daher auf, schnellstmöglich Klarheit für die betroffenen Steuerzahler zu schaffen. Insbesondere müssen die Arbeitgeber darüber informiert werden, wie der Lohnsteuerabzug für die Arbeitnehmer ab Januar vorzunehmen ist. Bereits in den vergangenen Tagen zeichnete sich ab, dass das Verfahren nicht zum 1. Januar 2012 zur Verfügung stehen wird. Damit wird der Starttermin für das elektronische Lohnsteuerabzugsverfahren ein weiteres Mal verschoben.

Krankenkasse darf Versicherten keine Prämien in Höhe eines Selbstbehalts zahlen, wenn der Tarif sich nicht von selber trägt

Bundessozialgericht, B-1-A-1/11, Pressemitteilung vom 08.11.2011

Die beklagte Bundesrepublik Deutschland ist lediglich dann verpflichtet, eine Satzungsänderung der klagenden, bundesweit tätigen Betriebskrankenkasse (BKK) zu genehmigen, die als Wahltarif Prämien in Höhe eines Selbstbehalts vorsieht, wenn eine dauerhafte Binnenfinanzierung des Tarifs zu erwarten ist. Das hat der 1. Senat des Bundessozialgerichts nach mündlicher Verhandlung am Dienstag, dem 8. November 2011 entschieden.

Irreführende Prospektwerbung untersagt

Oberlandesgericht Hamm, I-4-W-84/11, Pressemitteilung vom 04.11.2011

Unlauter und irreführend wirbt ein Unternehmer, der in einem Verkaufsprospekt die eigene Identität (vollständige Firmierung inklusive Rechtsformzusatz) oder die eigene Geschäftsanschrift oder die Geschäftsanschrift des Kreditunternehmens, über welches die in dem Prospekt angebotenen Produkte finanziert werden können, nicht angibt. Dies hat der Wettbewerbssenat des Oberlandesgerichts Hamm im einstweiligen Verfügungsverfahren entschieden.

Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen die Mutter zur Vorbereitung eines Unterhaltsregresses

Bundesgerichtshof, XII-ZR-136/09, Pressemitteilung vom 09.11.2011

Der u.a. für das Familienrecht zuständige XII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 09.11.2011 entschieden, dass dem Scheinvater nach erfolgreicher Vaterschaftsanfechtung und zur Vorbereitung eines Unterhaltsregresses ein Anspruch gegen die Mutter auf Auskunft über die Person zusteht, die ihr in der gesetzlichen Empfängniszeit beigewohnt hat.

Zeugnis - verschlüsselte Formulierung

Bundesarbeitsgericht, 9-AZR-386/10, Pressemitteilung vom 15.11.2011

Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass die in einem Zeugnis enthaltene Formulierung, "als sehr interessierten und hochmotivierten Mitarbeiter kennen gelernt", aus Sicht des objektiven Empfängerhorizonts nicht den Eindruck erweckt, der Arbeitgeber attestiere dem Arbeitnehmer in Wahrheit Desinteresse und fehlende Motivation.

Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auch im Jahre der Eheschließung

Finanzgericht Berlin-Brandenburg, 1-K-2232/06, Pressemitteilung vom 22.11.2011

Heiratet die alleine mit einem Kind in einem Haushalt lebende Mutter und wohnt sie noch nicht mit dem Ehemann zusammen, so steht ihr im Jahr der Heirat der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende zeitanteilig bis einschließlich des Monats der Heirat zu. Das hat das FG Berlin-Brandenburg entschieden (Az. 1 K 2232/06).

Kein Kindergeld für Kinder, die vor mehreren Jahren ins nicht europäische Ausland entführt wurden

Hessisches Finanzgericht, 3-K-1724/10, Pressemitteilung vom 22.11.2011

Mütter oder Väter, deren Kinder vom anderen Elternteil ins nicht europäische Ausland entführt wurden, haben allenfalls dann Anspruch auf Kindergeld, wenn die Kinder innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten nach der Entführung nach Deutschland zurückkehren. Liegt die Entführung dagegen schon Jahre zurück, besteht kein Kindergeldanspruch. Das hat das Hessische Finanzgericht rechtskräftig entschieden (Az. 3 K 1724/10).

Nahe Angehörige: Zuwendung atypisch stiller Beteiligung

Niedersächsisches Finanzgericht, 10-K-269/08, Urteil vom 29.09.2011

1. Zur steuerlichen Anerkennung von Verträgen zwischen nahen Angehörigen.
2. Gesellschaftsverträge zwischen nahen Angehörigen können - bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen - auch dann anerkannt werden, wenn die Beteiligung oder die zu deren Erwerb aufzuwendenden Mittel dem in die Gesellschaft aufgenommenen Angehörigen unentgeltlich zugewendet werden.
3. Bei schenkweiser Einräumung einer typisch stillen (Unter-)Beteiligung wird kein Vermögensgegenstand zugewendet, über den der Empfänger bereits verfügen kann.
4. Bereichert ist der Zuwendungsempfänger erst, wenn ihm aus der (Unter-)Beteiligung tatsächlich Gewinnausschüttungen oder Liquidationserlöse zufließen.

Steuerpflicht von Erstattungszinsen zweifelhaft

Finanzgericht Münster, 2-V-913/11, Pressemitteilung vom 18.11.2011

Der 2. Senat des Finanzgerichts Münster hat in einem am 18.11.2011 veröffentlichten Beschluss vom 27. Oktober 2011 (Az. 2 V 913/11 E) ernstliche Zweifel an der durch das Jahressteuergesetz 2010 rückwirkend angeordneten Besteuerung von Zinsen, die der Fiskus auf Steuererstattungen zahlt (sog. Erstattungszinsen), geäußert.

Einführung der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM, Verfahren "ElsterLohn II"); Informationsunterlagen für Arbeitnehmer zum Lohnsteuerabzug ab 2012

Bundesministerium der Finanzen, IV C 5 - S-2363 / 09 / 10004, Schreiben vom 18.11.2011

Das Bundesministerium der Finanzen hat in einem Schreiben an mehrere Verbände auf ein Informationsschreiben für Arbeitnehmer zum Lohnsteuerabzug ab 2012 hingewiesen.

Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Erbschaft- und Schenkungsteuer

Deubner Verlag, Anmerkung vom 22.11.2011

Der BFH prüft die Verfassungsmäßigkeit der Erbschaftsteuerreform 2009. Die Prüfung betrifft die gleiche Belastung verschiedener Verwandtschaftsgrade sowie die Privilegien für betriebliches Vermögen.

Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die Anrechnung einer Einkommensteuererstattung auf Arbeitslosengeld II

Bundesverfassungsgericht, 1-BvR-2007/11, Pressemitteilung vom 23.11.2011

Die Beschwerdeführerin wendet sich gegen die Anrechnung einer Einkommensteuererstattung auf das Arbeitslosengeld II.

Die 3. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts hat die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen, weil die Voraussetzungen hierfür nicht vorliegen. Insbesondere wird die Beschwerdeführerin durch die Anrechnung der Einkommensteuererstattung auf eine steuerfinanzierte Sozialleistung nicht in ihrem Grundrecht auf Eigentum aus Art. 14 Abs. 1 GG verletzt.

Zum Erlöschen des Anspruchs auf den aus Krankheitsgründen nicht genommenen bezahlten Jahresurlaub

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, C-214/10, Pressemitteilung vom 22.11.2011

Der EuGH hat entschieden, dass das Unionsrecht im Fall eines während mehrerer Bezugszeiträume in Folge arbeitsunfähigen Arbeitnehmers einzelstaatlichen Rechtsvorschriften oder Gepflogenheiten wie etwa Tarifverträgen nicht entgegensteht, die die Möglichkeit, Ansprüche auf bezahlten Jahresurlaub anzusammeln, dadurch einschränken, dass sie einen Übertragungszeitraum von 15 Monaten vorsehen, nach dessen Ablauf der Anspruch erlischt.

Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlags zur Körperschaftsteuer verfassungswidrig?

Bundesfinanzhof, I-R-39/10, Pressemitteilung vom 30.11.2011

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Frage vorgelegt, ob es den allgemeinen Gleichheitssatz und die Grundsätze rechtsstaatlichen Vertrauensschutzes verletzt, dass die Rückzahlung des Körperschaftsteuerguthabens weder die Bemessungsgrundlage zum Solidaritätszuschlag mindert noch ein Anspruch auf Auszahlung eines Solidaritätszuschlagguthabens besteht (Beschluss vom 10. August 2011 I R 39/10).

Bescheinigung über Zeiten der Ausbildungssuche nach § 58 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a SGB VI als Nachweis für das ernsthafte Bemühen um einen Ausbildungsplatz

Bundesfinanzhof, III-R-30/08, Urteil vom 22.09.2011

1. Einer von der Agentur für Arbeit für den Rentenversicherungsträger erstellten Bescheinigung über Anrechnungszeiten der Ausbildungssuche i.S. des § 58 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a SGB VI kommt als öffentlicher Urkunde (§ 418 ZPO) hinsichtlich des darin vermerkten Tages der Anmeldung des Ausbildungssuchenden bei der Berufsberatung ein besonderer Beweiswert zu, der ggf. aber widerlegt werden kann (§ 418 Abs. 2 ZPO).
2. Werden dem Rentenversicherungsträger mit der Meldung nach § 58 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a SGB VI Zeiten der Ausbildungssuche pauschal bis zum 30. September eines Berichtsjahres bescheinigt, dient die Meldung im Bereich des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Buchst. c EStG grundsätzlich nur für drei Monate ab dem Tag der Anmeldung bei der Berufsberatung als Nachweis für das ernsthafte Bemühen des Kindes um einen Ausbildungsplatz.

Kindergeld: Semestergebühren sind insgesamt als ausbildungsbedingte Mehraufwendungen abziehbar

Bundesfinanzhof, III-R-38/08, Pressemitteilung vom 30.11.2011

Mit Urteil vom 22. September 2011 III R 38/08 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass die zur Aufnahme oder Fortsetzung des Studiums verpflichtend zu entrichtenden Semestergebühren keine Mischkosten darstellen, sondern grundsätzlich insgesamt als abziehbarer ausbildungsbedingter Mehrbedarf zu qualifizieren sind, auch wenn der Studierende durch deren Entrichtung privat nutzbare Vorteile (z.B. Semesterticket) erlangt.

Steuerfreie Zigaretten für Familienangehörige

Bundesfinanzhof, VII-R-59/10, Pressemitteilung vom 30.11.2011

Nach dem Beschluss des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 8. September 2011 VII R 59/10 ist ein tabaksteuerfreier Eigenbedarf auch gegeben, wenn eine Privatperson in einem anderen Mitgliedstaat Zigaretten erwirbt, in das Steuergebiet verbringt und an Familienangehörige verschenkt.

Musterverfahren zum Körperschaftsteuerguthaben

Bund der Steuerzahler, Pressemitteilung vom 24.11.2011

Der Bundesfinanzhof hat dem Bundesverfassungsgericht ein Verfahren zum Körperschaftsteuerguthaben vorgelegt (BFH - I R 39/10). Damit hat es wieder ein vom Bund der Steuerzahler (BdSt) unterstütztes Musterverfahren zum Bundesverfassungsgericht geschafft. Gegenstand des Verfahrens ist die Frage, ob neben der Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens auch ein Anspruch auf Erstattung des Solidaritätszuschlags besteht. Der Bundesfinanzhof hält die gegenwärtige Rechtslage für verfassungswidrig und folgt damit der Argumentation der Klägerin und des BdSt.

Keine Gewerbesteuer für Freiberufler mit sonstiger selbständiger Tätigkeit

Deubner Verlag, Anmerkung vom 29.11.2011

Werden Rechtsanwälte als Insolvenz- oder Zwangsverwalter tätig, so können sie fachlich vorgebildete Mitarbeiter einsetzen, ohne dass dies zur Gewerbesteuerpflicht führt.

Ohne inländische Beschäftigung kein Versicherungsschutz im Ausland

Hessisches Landessozialgericht, L-3-U-170/07, Pressemitteilung vom 29.11.2011

Wer für eine Auslandstätigkeit eingestellt und anschließend nicht beim gleichen Arbeitgeber im Inland weiterbeschäftigt werde, ist während seines Auslandeinsatzes nicht gesetzlich unfallversichert. Dies entschied in einem am 29.11.2011 veröffentlichten Urteil der 3. Senat des Hessischen Landessozialgerichts.

Bürokratische Maßnahmen aus Geldwäschegesetz gestrichen

Deutscher Bundestag, Pressemitteilung vom 30.11.2011

Der Finanzausschuss hat am 30.11.2011 den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Geldwäscheprevention (17/6804) gebilligt. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP stimmten ebenso dafür wie die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, während sich die Fraktion Die Linke der Stimme enthielt. Zuvor hatte die Koalition zahlreiche Änderungen an dem Entwurf vorgenommen, während Änderungsanträge der Fraktion Die Linke abgelehnt wurden. Mit dem Gesetz werden Sorgfalts- und Meldepflichten erweitert und auch auf den Nichtfinanzsektor ausgedehnt. Betroffen sind unter anderem Immobilienmakler, Spielbanken, Steuerberater und Rechtsanwälte. Außerdem sind schärfere Sanktionen bei Gesetzesverstößen vorgesehen. Die Pflicht zu Verdachtsmeldungen soll ausgeweitet werden. Mit dem Gesetz sollen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auch bei komplexen Transaktionen und Geschäftsbeziehungen erschwert werden.



DATEV LEXinform



Die Billigpolitik in der Autoversicherung ist problematisch für die Verbraucher

Den Verbrauchern wird jedes Jahr vorgegaukelt, sie könnten bei einem Kfz-Versicherungswechsel viel Geld sparen. Solvabilitätskennzahlen, Prozess- oder Beschwerdekennzahlen sind selten bekannt. Die Kunden eines holländischen Billigversicherers standen im letzten Jahr ohne Versicherungsschutz da. Fahren ohne Versicherungsschutz wird mit Haft bedroht. Vor nachhaltigen Problemen mit Auto-Billigversicherern können sie sich durch gute Information schützen: map-Report hat 73 Unternehmen im Bilanztest, 52 Anbieter im Vertragstest und 32 Autoversicherer im aktuellen Rating untersucht.